Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 19 (1939-1940)
Heft: 9

Rubrik: Politische Rundschau

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 13.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Er war ein Eidgenosse von weitestem Horizont und größtem Format. An ihm kann sich der Zeitgenosse akuter Gefahren, drückender Nöte, härtester Prüfungen aufrichten. Er mag auch von seiner Bescheidenheit und Selbstkritik lernen.

Sein großes, wunderbares Geschenk an das Schweizervolk war die rasche und fast unblutige Beendigung des Sonderbundskrieges. Sie bahnte den Weg zur bundesstaatlichen Entwicklung. Entsprach die Ausnützung des Sieges durch die politischen Faktoren nicht restlos seinem Geschmack, so artete sie doch nicht zur Unterdrückung kultureller Minderheiten aus. Sie ermöglichte den wirtschaftlichen Aufschwung des Schweizervolkes. Sie erleichterte Ausbau und Konsolidierung der Armee. Eine Partie remise hätte diese Entwicklung verhindert oder stark gebremst. Ein langer, blutiger Bürgerkrieg hätte wahrscheinlich die Verschmelzung des Schweizervolkes zur Nation verhindert.

Dieses Zusammenwachsen begann unmittelbar nach dem Sonderbundskrieg. Die Augen auf den ehrwürdigen General gerichtet, schlossen sich Volk und Armee 1849 und 1857 zur entschiedenen Wahrung der Unabhängigkeit und Neutralität, zum festen Harst zusammen.

Nie vorher und nie bis jetzt anerkannte das Schweizervolk in so überwältigender Mehrheit die geistige Führung eines hervorragenden Mannes, wie damals des Generals Dufour.

Politische Rundschau

Schweizerische Umschau.

Nachklänge zu den Nationalratswahlen. / Nach was für Grundsätzen beurteilt der Schweizer die Vorgänge im Ausland?

Was bedeutet die Neubestellung des Nationalrates anderes als eine politische Neukonstitution unseres Volkes? So haben die Eidgenossen Ende Oktober mit den Nationalratswahlen gewissermaßen ihre politische Gedankenrichtung neu verfaßt und geformt. Man weiß jetzt wieder, was für die nächsten vier Jahre politisch gilt: Aus der Masse des Volkes haben sich die Meinungen kristallisiert, und wir sehen vor uns ein festes politisches Gefüge, soweit man in der Politik überhaupt von Festigkeit reden kann. Das ist ja auch der Sinn der Politik, in der Vielfalt der Überzeugungen eine gewisse Ordnung zu schaffen. Aber ich glaube, daß es mit der Ordnung allein nicht getan ist. Die Ordnung muß auch einen höheren, ja einen letzten Sinn haben. Wenn darauf die Rede kommt, dann weiß ich in der politischen Literatur unseres Vaterlandes bis jetzt noch keine treffenderen Worte, als diejenigen, welche Carl Hilty geprägt hat. „Politik", so lautete seine Überzeugung, „geschieht dann, wenn im Wirrwarr der Dinge Einheit und Ordnung gesucht werden, nicht der Dinge wegen, sondern der Menschen und ihrer Bestimmung willen nach göttlichem Plane. Die historische Entwicklung ist das Werk einer überirdischen Weltordnung, die auch durch Gewalt und Unrecht hin-

durch stets zu ihren Zielen gelangt. Der Kern unseres Staatswesens ist die sittliche und religiöse Wiedergeburt, und seine ewige Grundlage wird bleiben ein gesunder und echter Idealismus, ohne welchen es sinnvoll nicht leben kann."

Es will uns scheinen, als ob die vergangenen Wahlen ganz besonders von solchen Gedankengängen beeinflußt gewesen seien. Sie galten mittelbar dem Schutze des freien Menschen — in diesen Tagen der Gefahr für das freie Denken und Handeln wurde dieser Gesichtspunkt besonders hervorgekehrt. Man anerkannte aber auch, daß der Mensch eine Bestimmung nach göttlichem Plane habe — mehr denn je besann man sich auf die Mission der Schweiz und der Schweizer, wobei das Wissen um eine religiös-sittliche Gebundenheit der Bürgerschaft mitschwang. Standen die früheren Wahlen unter den Gesichtspunkten der politischen Macht, der Staatsgestaltung oder der Wirtschaft, so konnte man diesmal ohne Täuschung eine Konzentration auf die letzten Grundlagen der Existenz — auf Religion, Freiheit, Familie, Demokratie, Obrigkeit, Verteidigung — wahrnehmen. Es mag sein, daß der neue Krieg viel dabei ausmachte; allein, wenn nicht schon lange vorher eine Umstellung Platz gegriffen hätte, so wären wir nicht so weit gekommen. Augenfällig war die Wandlung vor allem bei der Sozialdemokratie, welche auf ihren Plakaten eine Schildwache darstellte, in deren Schutze Frau und Kind ein ruhiges Leben führen. Man hätte sich vor das Symbol einer vaterländisch-christlichen Partei können versetzt glauben. Alle früheren Requisiten, als da waren die rote Fahne, das Transparent mit der Forderung nach höheren Löhnen, die Klassenkampfparole, die Diktaturgelüste und so weiter, schienen bei Seite gelegt. So ändern sich die Zeiten! Auch bei den Radikal-Demokraten gingen die Erwägungen diesmal tiefer als zuvor. In ihren unentwegten Freiheitsgeist und Zentralismus mischten sich offensichtlich stärkere Gemeinschaftsgedanken und föderalistische Strömungen.

Die Feststellung, daß nun bei diesen Wahlen die großen Regierungsparteien gesiegt hätten, nämlich der Freisinn und die Katholisch-Konservativen, oder daß sich das Parteienverhältnis im Großen und Ganzen nicht wesentlich verschoben habe, ist in Anbetracht dieser inneren Wandlungen nur bedingt richtig, nämlich den Namen nach. Tatsächlich haben unter den alten Namen gedanklich umgestaltete Parteien obenausgeschwungen. Darüber können uns auch allerlei wirtschaftliche und soziale Zugstücke, die anläßlich des Wahlkampfes aufgeführt wurden, nicht hinwegtäuschen. Die Sozialdemokratie wählte z. B. als Thema der Agitation die Sicherung des Lebens der Wehrmannsfamilien und die Erfassung der Kriegsgewinne, und der „Landesring der Unabhängigen" zielte sozusagen restlos auf die Beschaffung der Mittel für die materielle Existenz. Daß man äußere Vorteile bietet, gehört eben mit zum politischen Geschäft. Die Zielrichtung aber weist selbst bei diesen wirtschaftlich-sozialen Begehren auf die innere Umstellung hin: man denkt jetzt vaterländisch statt international, man schützt den urwüchsigen kulturellen Bestand, man achtet die verschiedenen Lebenskreise, oder man bemüht sich wenigstens, nach außen dergleichen zu tun. Hierin sehen wir zu einem guten Teile eine Nachwirkung der national-konservativen Strömungen des letzten Jahrzehntes, ja selbst der frontistischen Gebilde, die sich im Kampfe aufgerieben haben. Die politische Geschichte wird einmal das erhebliche Maß der außerparteilichen Einflüsse auf unsere großen Parteien herausstellen. Alles in allem übertreibt man wohl kaum, wenn man eine grundsätzliche Schwenkung unserer Politik in das Gebiet des Religiösen, Weltanschaulichen, Nationalen und Föderativen feststellt.

Wer noch weitere Beweise dafür sucht, findet sie auch in gewissen Einzelheiten des Wahlergebnisses. Die Stimmung ist denjenigen Parteien günstig gewesen, welche von Anfang an und neuerdings noch in verstärktem Maße eine schweizerische und gegenüber fremden Ideologien zurückhaltende Stellung ein-

genommen haben. So gewannen die Freisinnigen und die Katholisch-Konservativen je zwei Mandate, und sowohl die Bauern als auch die Liberal-Konservativen vermochten ihre Positionen zu wahren. Zusammen mit den Unabhängigen ist damit die bürgerliche Zweidrittelsmehrheit im Rate wieder hergestellt. Wenn nicht ein Drittel der Ratsmitglieder in stillen Wahlen erkoren worden wären, so träte der Erfolg der Bürgerlichen vielleicht noch mehr ins Licht. Wo die schweizerische Gesinnung indessen nicht ohne weiteres klar lag oder andere, zumal wirtschaftliche Gedanken im Vordergrund schwebten, da ging der Erfolg an der Türe vorbei. Die Sozialisten büßten nicht weniger als 5 Mandate ein, ja die Kommunisten und Frontisten verschwanden sogar völlig von der Bildfläche. Merkwürdigerweise trug in diesem Sinne auch die reiche Propaganda der „Unabhängigen" mit einem Gewinn von zwei Mandaten keine reichen Früchte. Überdies mußten die links und wirtschaftlich eingestellten Jungbauern die Richtigkeit unserer Feststellung erfahren, indem sie ebenfalls ein Mandat einbüßten. Vielleicht möchte es scheinen, als ob der personelle Bestand des Nationalrates, in welchen insgesamt bloß 27 Mitglieder neu eingezogen sind, der konstatierten grundsätzlichen Schwenkung unserer Politik widerspreche. Es kommt aber nicht auf die Zahl, sondern auf die geänderte Gesinnung an, die mehr als diese 27 ergriffen hat. Verluste von prominenten Ratsmitgliedern wie von alt Bundesrat Musy und Nationalrat Hoppeler, die bisher in der vaterländisch-religiösen Richtung führend waren, sind ebenso wenig für das Gegenteil schlüssig. Im Direktoren der Landesausstellung, Meili, haben die Zürcher Freisinnigen z. B. einen Ersatzmann gestellt, der gewiß das Seine tun wird, um den gesinnungsverwandten Geist der Ausstellung in den Ratssaal hineinzutragen. Eine Abweichung von unserer Konstatierung scheint lediglich die Abspaltung der Sozialisten Nicole'scher, d. h. streng sozialistischer Richtung von der sozialistischen Gesamtpartei darzustellen. Vier Mandate sind diesen Leuten zugefallen, mit denen nun ja die Kommunisten gemeinsame Sache machen wollen. In Anbetracht der starken Schwenkung der Sozialdemokratie war aber mit einer solchen Abspaltung auf dem linken Flügel schon lange zu rechnen. Diese Neubildung, so will mir scheinen, ändert an der Richtigkeit unserer Feststellung nicht das Geringste, sondern ist vielmehr geeignet, sie noch zu unterstreichen, indem sie den heutigen Abstand der Sozialdemokratie von der reinen marxistischen Lehre hervorhebt.

* * *

Wer wollte es dem Schweizervolke verwehren, über die politischen Vorgänge in aller Welt seine eigene Meinung zu haben? Wir sind uns doch gewohnt, unter einander frei und offen über die Fragen des Staatslebens zu reden, und so nehmen wir uns auch das Recht heraus, über das Staatsleben des Auslandes unsere Ansichten zu äußern. Wir tun das nicht nur als Bürger, von denen jeder einzelne mehr als irgendwo an der politischen Gestaltung seines Vaterlandes beteiligt ist, sondern insbesondere auch als ein Volk, dessen Puls im allgemeinen Völkerleben mitschlägt, und das in der Regel sehr bald den günstigen oder schädlichen Einfluß der Vorgänge im Ausland verspürt, weil es ja im Zentrum gelegen und mit den anderen Nationen durch mannigfache Bande verknüpft ist.

Hier stellt sich nun die Frage: Lassen sich allgemeine Grundsätze erkennen, nach denen der Schweizer die Politik des Auslandes beurteilt? Oder gehen hier die Meinungen wirr durcheinander, so daß sie sich nicht auf einen gemeinsamen Nenner bringen lassen? Ich glaube, daß wir der richtigen Antwort nahe kommen, wenn wir bemerken, daß zwei Gedankengänge zu unterscheiden sind: der prinzipiell-politische und der staatspolitische. Beim ersten werden die allgemeinen politischen Grundsätze in Betracht gezogen, beim andern das Interesse des Bundes an der politischen Gestaltung des Auslandes. Je nachdem

nun die staatspolitischen Meinungen auseinandergehen, bietet die schweizerische Beurteilung der Auslandspolitik ein Bild der Einheit oder Zerrissenheit.

Selbst in Zeiten der Zerrissenheit kommen indessen gewisse allgemeine Grundsätze der Beurteilung durchwegs zur Anwendung. Viel mehr ist das natürlich der Fall, wenn Einigkeit herrscht. Was sind das für Grundsätze? Mit kurzen Worten ausgedrückt: Der Schweizer beurteilt die Auslandpolitik nach dem Maßstabe seiner eigenen politischen Ansichten. Beispielsweise kann ein Eidgenosse diejenigen Staaten besser verstehen, die ihm insofern sinnesgleich sind, als sie ebenfalls eine demokratische Gestaltung aufweisen. Der Diktaturstaat ist ihm naturgemäß fremd. Gerade so geht es dem Eidgenossen auch mit den Freiheitsrechten: den totalen Staat bei sich selbst verwerfend, fühlt er sich eher denjenigen Staaten verwandt, welche die Freiheitsrechte gleichermaßen gewährleisten wie seine Heimat. Überall ist ihm die Eidgenossenschaft Vorbild und Maßstab. Und gleich wie die Eidgenossenschaft das Eigenleben ihrer Stände und Volksgruppen schützt, so tritt auch beim einzelnen Eidgenossen die Forderung auf den Plan, daß die Völker über ihre Geschicke selber bestimmen sollen, und daß man sie nicht unter ein Joch beugen darf. Immerhin geht unsere Meinung jeweilen dahin, daß man an bestehenden Zuständen, die nicht mit unerträglichen Plagen verbunden sind, so lange als möglich nichts ändern soll. Was in der Politik ruht, soll man ruhen lassen. Wenn dann aber einer kommt und an ruhigen oder erträglichen Zuständen etwas ändern will, so kann er sicher sein, daß er den Sinn der Eidgenossen gerade so wenig auf seiner Seite hat wie derjenige, der am Bestande der Eidgenossenschaft irgendwie rütteln wollte. Ganz und gar keinen Sinn hegt der Schweizer für alle Formen von Gewalt, soweit sie nur dazu dienen sollen, einen Herrschaftsbereich zu vergrößern oder andere Länder zu unterjochen. Dafür sympathisiert er dann wieder um so mehr mit der Gewaltübung, die einem Volke die Freiheit bringen soll, wie er sie selber versteht und bei sich verwirklicht hat. So weit als möglich hält er aber indessen auf die Form der friedlichen Verständigung, wo in der Politik des Auslandes Auseinandersetzungen Platz greifen müssen; weiß er doch aus dem Leben der Eidgenossenschaft, daß sehr viel Unheil verhindert werden kann, wenn man nur einmal miteinander redet. Für das Innen- wie für das Außenleben der Völker ist nach seiner Meinung eine klare Rechts- oder Vertragsordnung erforderlich, auf die man sich, Bürger und Nationen, schlechthin verlassen kann. So sehen wir also, daß der Eidgenosse das Geschehen im Auslande eigentlich ganz nach seinen heimischen Lebensgewohnheiten beurteilt, und daß die Eidgenossenschaft, dieser Staatenbund im Kleinen, ihm ein Vorbild auch für das Völkerleben im Großen ist, dem Alle nachstreben sollten.

Dieses Thema wäre indessen nicht vollständig skizziert, wenn ich nicht noch eine weitere Wahrnehmung beifügen würde. So sehr nämlich das Herz des Schweizers mit demjenigen schlägt, der in der Weltpolitik so handelt, wie man unter Eidgenossen handelt, so gut ist es möglich, daß gelegentlich einmal bei seinem Urteil über alle grundsätzlichen Erwägungen hinweg etwas Anderes den Ausschlag gibt, nämlich das Interesse an der Existenz seines Vaterlandes. Wo dieses Interesse jeweilen liegt, dafür haben wir ein sehr feines Gefühl. Jeder Übermacht von Staaten oder Staatengruppen, jede Störung des Gleichgewichtes, erscheint uns als gefahrdrohend, mag sie nun von sogenannten demokratischen oder von Diktaturstaaten herkommen. Und weil wir dahinter Gefahren für unser Vaterland wittern, sind wir auch je und je bereit gewesen, wenigstens mit unserem bescheidenen Urteil, etwas beizutragen zur Wiederherstellung des notwendigen Gleichgewichtes, indem wir nämlich dem schwächeren Part eine gesinnungsmäßige Sympathie leihen und uns andererseits von dem stärkeren Part etwas zurückziehen. So gibt es also über alle

politischen Grundsätze hinweg — jedoch ohne deren Verletzung — für die Eidgenossen bei der Beurteilung des Auslandes noch statische Funktionen, denen sie je und je fast unbewußt obliegen, um das Gleichgewicht der europäischen Staatenordnung und damit natürlich auch das eigene Vaterland zu erhalten.

Bülach, am 30. November 1939.

Walter Hildebrandt.

Der 3. Dezember.

Es braucht keine besonders ausgeprägte Assoziationsgabe dazu, bei der Nennung dieses Datums, das in der politischen Zeitgeschichte der Schweiz einen Platz an markanter Stelle einnehmen wird, die Verbindung mit dem 6. Dezember 1931 herzustellen. Beides sind grundsätzliche Daten; beiden liegt — im Entscheid — ein gleichgerichteter Entschluß zu Grunde: den Etatismus für einmal wieder in seine — an sich schon weitgezogenen — Schranken zu weisen, dem durch die etatistische Hypertrophie bedingten Niedergang der öffentlichen Finanzen einen Damm zu setzen und endlich dem Druck gewisser Verbände, die sich wiederholt in der Lage glaubten, durch ihre anspruchsvollen Sekretäre in illegitimer Weise entscheidenden Einfluß auf die öffentlichen Dinge zu erlangen, entschieden zu wehren. Es sind beides gute Entscheide!

* * *

Die Ansicht, daß es sich bei dem Votum vom 3. Dezember um einen Entscheid von grundlegender Bedeutung handelt, wird von der schweizerischen Presse im Allgemeinen mit Klarheit vertreten. Die „Solothurner Zeitung" zwar will das Prinzipielle des Entscheides nicht sehen; die Abstimmung habe keine Grundwelle ausgelöst:

> „Das Feld der Diskussion wurde einzig von den Angehörigen und Gegnern beherrscht. Dazwischen stand eine sehr breite Schicht von Leuten, die sich nicht belehren lassen wollten und ihrer persönlichen Abneigung, ihrer zeitbedingten Verärgerung freien Lauf ließen. Nur so ist es zu verstehen, daß die Parteiparolen nicht strikte innegehalten wurden. Das Parteivolk desertierte unisono...".[1])

Was die Zeitung eine „Massendesertion des Parteivolkes" nennt, das war aber nun gerade das Bewußtsein, daß auf dem in den letzten Jahren eingeschlagenen Wege ohne Schaden für das Ganze nicht weiter gegangen werden könne, oder, wie der Berner Vertreter des gleichen Blattes, in der gleichen Nummer, formuliert:

> „Das Volk hat allmählich das Grauen vor dem unheimlichen Niedergang der öffentlichen Finanzen gelernt."[2])

So urteilt mit Recht auch das „Aargauer Tagblatt". Die durchgehende Verwerfung zeige,

> „daß wir nicht den Zufälligkeiten und Einzelheiten der Propaganda, sondern offensichtlich einer geschlossenen Volksmeinung gegenüberstehen, die bis zu

---

[1]) Von uns gesperrt.

[2]) Im Original gesperrt.

einem gewissen Grade als Grundwelle[1]) zu betrachten ist.... Mit einem Wort: Achtung auf die Finanzen![2]) ...Das wird sich insbesondere Herr Bratschi[1]) sagen müssen, der unserer Meinung nach aus dem Resultat nur das eine herauslesen, kann, daß er den Bogen überspannt[1]) habe. Das Volk hat ihn zerbrochen[1])..."

Hier zeigt sich erneut die Parallelität zu dem Entscheid vom 6. Dezember 1931. Das Gesetz betreffend die Altersversicherung ist damals mit demselben Stimmenverhältnis verworfen worden, allerdings bei einer Stimmbeteiligung von 78 % gegenüber nur 62 % am 3. Dezember 1939 — eine Differenz, die wahrscheinlich dem Aktivdienst zugeschrieben werden muß. Übrigens ergab auch die Abstimmung über das Verkehrsteilungsgesetz vom Mai 1935 ungefähr dasselbe Verhältnis.

* * *

Betrachtet man nun den Entscheid vom 3. Dezember eingehender, so ergibt sich eine frappante Gleichmäßigkeit der Stimmabgabe im ganzen Lande. Angenommen haben die Bundesbeamtenkantone Uri und Tessin, ferner die Grenzstädte Baselstadt und Genf; auch hier dürfte, wie z. B. in der Stadt Bern oder in Olten, der starke Prozentsatz der Bundesbeamten unter den Stimmenden den Ausschlag gegeben haben. Dagegen haben Städte wie Zürich und Schaffhausen, aber auch Winterthur und z. B. Arbon, trotz ihrer stark sozialistischen Wählerschaft, fast im gleichen Verhältnis verworfen, wie ausgesprochene Land- oder Mittelstandsgemeinden. Ebenso ist das Verhältnis der Ja zu den Nein auf welschem Boden gleich wie auf deutschem. Bezeichnend ist bei dieser Gleichmäßigkeit vor allem die unverkennbare Verwerfung durch die Arbeiterschaft, die allerdings angesichts der Bemühungen der sozialistischen Parteipresse vor der Abstimmung beinahe mit Sicherheit vorausgesehen werden konnte. Die sozialistischen Parteiblätter hatten gegenüber ihrer eigenen Gefolgschaft einen seltsam beschwörenden Ton anschlagen müssen...

Die Gründe für diesen denkbar wuchtigen Entscheid liegen zum Teil selten klar zu Tage, zum Teil lassen sie sich aus gewissen Beobachtungen unschwer ableiten. In erster Linie ergibt sich ein entscheidender Einfluß der Kriegsverhältnisse und im besonderen der Mobilmachung der Armee, die allein schon ein solches Ergebnis fast mit Sicherheit voraussehen ließen. Man versteht deshalb nicht recht, aus welchen Gründen die interessierten Verbände gleichwohl auf ihrer Zwängerei beharrten, die ihnen in keinem Falle etwas genützt hat. Der Bundesrat seinerseits trat nach dem Ausbruch des Krieges für eine Verschiebung ein, um während der Mobilmachung ein Provisorium eintreten zu lassen. Allein die Verbände drängten so hartnäckig, daß er schließlich nachgab...

Daß in direktem Zusammenhang mit der Mobilisation und ihren persönlichen Rückwirkungen materieller Natur die grundsätzlichen Argumente gegen den Vorschlag von Bundesrat und Parlament aktuellen Zuwachs erhalten mußten, liegt auf der Hand. Der Winterthurer demokratische „Landbote", mit dessen Ansichten wir uns im übrigen nicht vertraut machen können — „aber das wagen wir trotz der Verwerfung zu sagen, daß Hunderttausende sich in's Bockshorn haben jagen lassen", so meint er schnippisch — hat darin entschieden recht, wenn er diese zusätzlichen Argumente in den folgenden zwei Tatsachen erblickt:

„Erstens hat er (der Bundesrat) den mobilisierten Bundesbeamten bis heute den vollen Lohn[1]) gelassen, was die wenigsten Soldaten von sich sagen können, und zweitens hat er sich in der Frage der Militärnotunterstützung[1]) und Lohnausfallentschädigung sehr

[1]) Von uns gesperrt.

knauserig und zögernd verhalten, was bei den Soldaten als Widerspruch zur Vorlage empfunden wurde . . ."

Tatsächlich handelt es sich hier auf der einen Seite um eine Vorzugsbehandlung, die mit Beschleunigung zum Verschwinden gebracht werden muß, soll nicht unter vielen Mobilisierten eine berechtigte Mißstimmung eintreten. Anderseits erscheint die äußerst mühsame Behandlung der Lohnausfallentschädigung gewiß nicht nur dem „Landboten" unverständlich! Bereits mehren sich — in Zuschriften an die Presse — die Stimmen völlig einwandfreier und absolut gutgesinnter Leute, die sich aus der weiteren Verschleppung dieser Dinge unliebsame Rückwirkungen versprechen. Die Schaffung der Ausgleichskasse für solche Schäden erweist sich heute unbestreitbar als eines der dringendsten Probleme, zumal mit einer absehbaren Beendigung der Mobilisation heute weniger als je seit Beginn des Krieges gerechnet werden kann.

Ein weiteres Argument, das allem Anschein nach in nicht unbeträchtlichem Grade zu dem verwerfenden Entscheide beigetragen hat, obwohl es gewissermaßen an der Peripherie liegt, war der Versuch, die Gegnerschaft mundtot zu machen und ihre Publizität mit allen Mitteln der Schnüffelei und des Druckes zu beschneiden. Wir kennen diese Methoden seit den Kämpfen um die Lex Schultheß ja zur Genüge! Und wie damals, so wurde auch heute wieder in einer großen Zahl der maßgebenden Zeitungen den Gegnern der Vorlage nicht etwa nur der Textteil, sondern ebenso der Inseratenteil gesperrt. Blätter, die auch den gegnerischen Standpunkt zu Worte kommen ließen, wurden in beschämender Weise angepöbelt, worüber sich u. a. mit Recht das „Aargauer Tagblatt" beschwert. Allein in solchen Dingen ist unser Volk stets unbestechlich gewesen. Mehr noch: allein schon die Empfindung, daß eine Sache unter Ausnutzung gewisser Machtpositionen in der Publizität durchgedrückt werden soll, weckt bei unserem Wähler stets ein deutliches Gefühl der Abneigung und des Widerwillens, das sich leicht zu Mißtrauen gegenüber einem Ding entwickelt, das in solch' unzulässiger Weise der Forcierung bedarf. Dadurch wird in der Regel das Gegenteil des beabsichtigten Ergebnisses erreicht. So war es im Herbst 1931 und so war es auch diesmal.

* * *

Allein alle diese zusätzlichen oder peripheren Argumente hätten niemals für sich die Verwerfung, zumal in solchem Ausmaß, ermöglicht, wäre nicht — und zwar als ausschlaggebender Faktor — die zunehmende Abneigung, ja der Widerwillen des Volkes gegen den Etatismus in der Berner Zentralisation, gegen die unersättlichen Ansprüche an das Vermögen des Volkes, gegen den unzulässigen Druck der Verbände und die Erpressungsmanöver ihrer Sekretäre offensichtlich tief verwurzelt gewesen. So äußert auch die „Thurgauer Zeitung", die im Lager der Befürworter stand, in gerechter Weise, es sei verfehlt, „Neid und Mißgunst" als die Haupttriebfedern der Verwerfung bezeichnen zu wollen:

> „Es wäre unseres Erachtens frevelhaft, die Beweggründe der starken verwerfenden Mehrheit schlechter zu machen, als sie es sind. Man könnte dem guten Willen zur Einigung des Volkes kein schlimmeres Gift geben . . .",

sagt das freisinnige Blatt. Welches aber sind die wahren Argumente, die das Volk zur Verwerfung dieser angeblichen „Verständigungsvorlage" in wuchtigstem Ausmaße führten?

„Gazette de Lausanne" und „Suisse" sind sich klar darüber:

„Sur un point presque tout les commentaires sont unanimes: l'importante majorité populaire sortie des urnes montre qu'il ne s'agit pas d'une simple manifestation de mauvaise humeur, mais bien d'un sentiment profond [1]) dont il faudra tenir

compte à l'avenir: ce que près de 500000 électeurs ont voulu condamner, c'est une politique qui impose à la caisse fédérale des dépenses incompatibles avec les temps critiques[1]) que nous vivons, et qui aboutit à l'accroissement systématique des déficits ...".

und

„L'électeur est las d'entendre annoncer des réformes fondamentales et d'être invité toujours à ne voter que des ajustements et des réfections partielles. Devant cette nouvelle proposition, il s'est dit que celà coutait gros et que, s'il accordait une fois de plus ce qui lui était réclamé, il en ferait les frais le premier et que, demain comptant sur sa bienveillance, on viendrait lui demander de boucher quelque nouveau trou. Il a dit non."

Die „Glarner Nachrichten" aber treffen den Nagel auf den Kopf:

„Der Wille des Volkes ist eindeutig[1]), es soll an den Löhnen und an den Renten noch mehr eingespart werden als bisher..."

„Einen Fingerzeig bedeutet der Volksentscheid für Bundesrat und Parlament: den Kantonen[1]) wieder mehr Befugnisse einzuräumen, das Personal nicht zu vermehren, sondern die Bundesverwaltung zu entlasten[1]). Die Kantone sind in den letzten zwanzig Jahren vielfach zu bloßen Verwaltungsbezirken geworden, die vom Bunde kontrolliert werden. Das entspricht nicht unserer schweizerischen Tradition. Der Zentralismus hat eine Schlappe erlitten[1]). Ziehen wir daraus die Lehre!"

* * *

Was nun?

Alle Blätter sind sich darüber einig, daß bei der Weiterbehandlung der am 3. Dezember zur Abstimmung gebrachten Materie Bundesrat und Parlament, vor allem aber das Personal, dem Ergebnis des Urnenganges, das an Eindeutigkeit nichts zu wünschen übrig läßt, in vollem Umfange Rechnung zu tragen haben. Dabei sind die zwei Bestandteile der gefallenen Vorlage auseinanderzuhalten:

a) die Milderung des Besoldungsabbaus, die in diesem Falle gleichzeitig die Fixierung der Besoldungen bedeutete, und die nicht bestritten war, ist beizubehalten. Über das Ausmaß der Milderung aber ist im Augenblick kaum etwas Verläßliches zu sagen. Die Preise sind in Bewegung. Der Index nähert sich dem Satz von 1927, als die Besoldungen und Löhne das letzte Mal gesetzlich festgelegt wurden. Nach jenem Stand gerechnet, beträgt zur Zeit der Abbau nominell 13 %, effektiv kaum 10 %. Der Föderativverband hat soeben in einer Eingabe an Bundesrat und Parlament die Milderung dieses Aubbaus auf 8 % nominell verlangt. Die Preisentwicklung, gegen deren Zwangsläufigkeit behördliche Maßnahmen übrigens nur sehr beschränkt wirksam sein können, wird hier faktisch die Entscheidung festlegen.

b) Das Personal wird im Sinne des Volksentscheides bei den kommenden Verhandlungen über seine Pensionsansprüche weiter entgegenkommen müssen, als bisher. Ob dabei von dem Vorschlag des Bundesrates (65 %) oder der Expertenkommission (60 %) ausgegangen werden oder ob eine dritte Lösung gesucht werden soll, ist eine Einzelfrage, die hier nicht zur Behandlung steht.

* * *

Es will uns im übrigen scheinen, als könnten sich aus der Abstimmung des 3. Dezember noch weitere Fragen ergeben. Was die Materie selbst betrifft, so

[1]) Von uns gesperrt.

müßte — wir folgen einer Anregung der „Thurgauer Zeitung" — das Problem der Versicherung des Bundespersonals auch nach der Richtung geprüft werden, ob die Versicherungen nicht besser zu entstaatlichen und den Versicherten als eigene Fürsorgeeinrichtungen mit angemessenen, feststehenden Beiträgen des Staates zu überweisen wären. Eine solche Radikalreform würde ihrem Sinne nach der politischen Gesamtrichtung des Entscheides vom 3. Dezember ohne Zweifel entsprechen.

Es erhebt sich weiter die Frage nach der Zweckmäßigkeit von umstrittenen Volksabstimmungen während der Zeit der Mobilisation und einer latenten Gefährung des Staates von außen (die wohl niemand bestreiten wird). Einmal ist die geringe Stimmbeteiligung wohl auf den Zustand des Aktivdienstes zurückzuführen. Polemiken aber dürften in den nächsten Monaten aus außenpolitischen Gründen grundsätzlich unerwünscht sein. Es wäre zumindest zu erwägen, ob vorerst nicht die Abstimmung über die Wirtschaftsartikel der Bundesverfassung vertagt werden sollte, wo die Gegensätze mit äußerster Schärfe sich begegnen würden...

* * *

Vor allem aber gilt es nun für unsere verantwortlichen Instanzen, bei der Aufstellung des Kriegsbudgets, das zwangsläufig schwere, ja kaum geahnte Steuerlasten bringen wird, der richtunggebenden, verbindlichen Weisung zu folgen, die das Volk am 3. Dezember mit Eindeutigkeit erteilt hat. Sie lautet kurz und klar:

Nicht Einnahmenvermehrung allein, sondern Abbbau der Ausgaben!

Nicht Kumulierung der Staatswirtschaft, sondern deren Beschränkung auf das absolut Notwendige!

Nicht Zentralismus, sondern Souveränität der Kantone!

Zürich, den 6. Dezember 1939.

Jann v. Sprecher.

Finnland im Krieg / Schwere Zeiten für Neutrale!

Es ist möglich, daß die Tragödie Finnlands dereinst Rückwirkungen nach verschiedenen Richtungen im Gefolge haben wird, deren Perspektiven heute noch von Vielen völlig übersehen werden. Die Tatsache, daß dem unglücklichen Land vorderhand nur wenig Hilfe geleistet werden kann, die über das rein moralische Element hinausginge, ändert an diesen möglichen Perspektiven gar nichts. In dieser Beziehung ist, einstweilen, ein starker psychologischer Schock in den Vereinigten Staaten festzustellen; zieht man die unermüdliche und geschickte Propaganda in Betracht, die seit Kriegsausbruch, meist noch im Verborgenen, auf eine Beteiligung Amerikas am Kriege hinarbeitet, so ist dies eine Tatsache, die ihre bestimmte Bedeutung eines Tages erweisen könnte. Die Aktivität der südamerikanischen Staaten in dem finnischen Problem dürfte kaum ohne Berührung mit dem Präsidenten Roosevelt erfolgen. Sie wirkt symptomatisch!

* * *

Finnland war bis zum Jahre 1809 im wesentlichen schwedischer Herrschaft untertan. Die russische Herrschaft dauerte von 1809 bis 1917. Am 6. Dezember 1917 wurde die Unabhängigkeit des Landes ausgerufen. Allein eine relative Selbständigkeit hatte das Land sowohl unter schwedischer wie unter russischer Herr-

schaft genossen; als Großfürstentum hatte es seine eigene ständische Verfassung. Auch die Zaren hatten diese Verfassung garantiert, was allerdings nicht heißen will, daß sie sie immer beachtet hätten. Doch gerade in solchen Zeiten hatte sich das Land stets für seine Unabhängigkeit gewehrt und sich zugleich die Selbständigkeit seiner eigenen Kultur gesichert. Die letzte Legitimation als selbständiger Staat erwarb es sich in den Freiheitskämpfen des Jahres 1918, wo es unter Führung Mannerheims und des Generals Grafen von der Goltz die Bolschewisten aufs Haupt schlug und aus dem Lande verjagte. Die Unterstützung, die das Land damals in seinem Freiheitskampf durch Deutschland erfuhr, entsprang engen freundschaftlichen Banden; in Erinnerung ist noch die Feier, die im Sommer 1939 im ehemaligen Lager von Lockstedt zum Gedächtnis der freiwilligen finnischen Hilfe, die das Reich im Weltkrieg durch die aktive Beteiligung der im preußischen Jägerbataillon 27 zusammengefaßten finnischen Studenten erfahren hatte. So war auch — am 9. Oktober 1918 — ein deutscher Prinz, Friedrich Karl von Hessen, zum König von Finnland gewählt worden. Daß er seine Würde tatsächlich nie bekleidete, ist allein der deutschen Niederlage im Herbst 1918, keineswegs aber einer Erkaltung der Beziehungen zwischen den Ländern zuzuschreiben, die im Gegenteil alle die folgenden Jahre und, wie die Lockstedter Feier zeigt, bis in die allerjüngste Zeit ausgesprochen herzlich geblieben waren. Nicht zuletzt äußerte sich dies auch in wirtschaftlicher Beziehung; nahm doch Finnland im deutschen Außenhandel bis zuletzt einen bevorzugten Rang ein. Als Finnland, um seine Stellung nicht einseitig festzulegen, im Verein mit den andern skandinavischen Staaten den ihm im Frühjahr 1939 von Deutschland angebotenen Nichtangriffspakt ablehnte — eine Ausnahme machte damals, aus ganz besonderen Gründen, Dänemark —, wurde dieser Haltung auch von deutscher Seite Verständnis entgegengebracht.

Daß das Reich seinen kleinen Freund heute in seinem Todeskampf im Stiche läßt, ihn zudem noch mit Vorwürfen überhäuft, ist ausschließlich Gründen machtpolitischer Opportunität zuzuschreiben. Diese beruhen in der neuen Lage, die durch die Umwälzung im deutsch-russischen Verhältnis im Gefolge des Bündnisvertrages vom 25. Aug. 1939 entstanden ist. Wieder zahlt das Reich dem gefräßigen Bären einen hohen Preis für die im Sept. eingezogene russische Vorleistung, den zweiten Preis bereits in einer wohl langen Reihe, deren Anfang gewiß, deren Ende aber keineswegs abzusehen ist. Hat der Bolschewismus vielleicht bereits den deutschen Freipaß zur eisfreien Zone des Atlantischen Ozeans in der Tatze? Soll hier eine Sprungposition gegen England begründet werden? Oder soll es dem Bären bestimmt sein, jenen alten illusionären deutschen Wunschtraum der „Gott-strafe-England"-Kampagne des letzten Krieges in den Bereich der Erfüllung zu bringen und sich nach der Grenze des indischen Reiches zu wenden? Auch die Türkei wird unter verschiedene Scheinwerfer genommen; und Rumänien ist auch noch nicht der letzte ...

Es wäre gewiß interessant, aber ebenso voreilig, diesen Perspektiven im jetzigen Stadium nachzugehen. Gewiß ist, daß sie alle — so utopisch sie samt und sonders noch vor kurzer Zeit allen jenen zahlreichen Naivlingen und Einfaltspinseln erscheinen mochten, die ob den antibolschewistischen Fanfarenstößen des Nationalsozialismus erschauerten, als wären es die Trompeten der Wahrheit — gewiß ist, daß alle diese Perspektiven sich heute irgendwie den Realitäten nähern, so wenig sympathisch dem Beschauer die eine wie die andere auch erscheinen mag ...

* * *

Da wäre also wieder einmal ein kleiner Staat das Opfer der sogenannten höheren Realitäten der Machtpolitik geworden! (Oder sollten sich diese „höheren

Realitäten" am Ende doch als höchste Illusionen erweisen?) Erschüttert stehen wir Schweizer solchem Leid gegenüber; denn es trifft einen Unschuldigen, der nur einen einzigen, den geringsten und doch den höchsten Anspruch an das Leben stellte: sein Dasein — als kleines Land — allein und frei zu gestalten!

Was unsererseits in diesen schweren Tagen für Finnland geschehen kann, wird geschehen. Bereits ist eine Organisation für die Finnlandhilfe in Bildung begriffen. Sie wird in der Lage sein, einiges zu lindern. Allein groß wird unsere Hilfe nicht sein können. Uns bleibt heute kaum etwas anderes, als unserem Kameraden in seinen schwersten Stunden unsere Sympathie zu bezeugen und ihm zu danken für das hohe Beispiel heroischer Tapferkeit, das er uns, vielleicht zu eigener Ermahnung, darbietet...

* * *

Gegenüber der durch die Eröffnung des russisch-finnischen Krieges entstandenen Wendung der Lage, die, wie wir einleitend betonten, nach den verschiedenen Richtungen entscheidende Bedeutung erlangen kann, sind die übrigen Kriegsereignisse durchaus zurückgetreten. Der verstärkte Minenkrieg hat Deutschland im Seekrieg gegen England bedeutsame Erfolge eingebracht. Anderseits haben auch die Gegenmaßnahmen prompt eingesetzt und einen gewissen Erfolg ergeben. Gerade im Vergleich zu den Vorgängen im letzten Krieg sind die Verluste der Alliierten und der Neutralen noch keineswegs so, daß daraus bereits entscheidende Schlüsse gezogen werden könnten. Die weitere Entwicklung wäre hier, wie anderwärts, abzuwarten. Dies kann umso eher geschehen, als heute mit einem baldigen Abschluß des Krieges kaum gerechnet werden kann. Herr Roosevelt hat zwar kürzlich erklärt, der Krieg sei im Frühjahr beendet...

Gegenüber der nach wie vor stabilen militärischen Lage sind die Vorgänge auf dem diplomatischen Feld bemerkenswert, weil sie in mehr als einem Fall als Vorspiel zu größeren Ereignissen gewertet werden können. Italien hat durch die jüngste Resolution des „Großen Faschistenrates" erneut seinen Willen zu einstweiliger Zurückhaltung kundgetan. Daß dabei gewisse Vorbehalte in Bezug auf Aktionen Dritter auf dem Balkan, wobei nicht allein an Rußland zu denken wäre, angemeldet wurden, ist weder erstaunlich, noch sensationell und bedeutet eine Festlegung der absichtlich im Zwielicht gehaltenen italienischen Politik ebensowenig, wie die Anmeldung von Reserven gegenüber der Kontrolle der Exportblockade seitens der Alliierten zu besonderen Schlüssen Anlaß geben könnte. Wir würden uns keineswegs wundern, wenn von Seiten Italiens der relativ unabgeklärte Beharrungszustand — unter dem Vorbehalt, daß nicht Aktionen Dritter dazwischenkämen — vor dem Frühjahr einer entscheidenden Bewegung nicht Platz machte.

Was auf dem diplomatischen Felde sonst geschah, ist noch reichlich unabgeklärt. Mangels einer akuteren Beschäftigung holt man wieder einmal die Mappe „Kriegsziele" aus der Schublade. Allein die bisherigen Ergebnisse solcher Diskussionen geben kaum zu besonderen Kommentaren Anlaß. So sind denn auch bereits mehrfach Stimmen zu Worte gekommen, die auf das Unzweckmäßige solcher Aussprachen zumal in einer Zeit hinweisen, da von einer militärischen Entscheidung noch nicht in den Anfängen die Rede sein kann. Man begreift, daß viele Leute in den kriegführenden Ländern solche Diskussionen mehr als überflüssig finden, denn sie sind dem Kriegswillen nicht förderlich. Sie leiten unwillkürlich über zu der Überlegung, ob nicht dieser Krieg, trotz aller gegenseitigen Propaganda, am Ende doch noch diplomatisch erledigt werde...?

* * *

Allein dem Neutralen vermögen solche Überlegungen heute weniger denn je zu sagen. Seine Lage wird dauernd schwieriger. Eine aktive Verschärfung ist im Gefolge der neuen Blockademaßnahmen der Alliierten eingetreten. Deutschland

verlangt eindeutig aktive Abwehr seitens der Neutralen. Es hat dieses Verlangen mit einer deutlichen Verlautbarung — die sich in dieser Frage einstweilen nur an die Adresse Hollands richtete — begleitet. Holland, das übrigens die eigentümliche Affäre von Venlo noch durchaus in der Schwebe sieht, hat sich zur Wehr gesetzt.

Viel bedeutsamer, und zwar wegen seiner Rückwirkungen grundsätzlicher Art, ist entschieden ein anderes Ereignis, das andere, diesmal die skandinavischen Neutralen, in den Brennpunkt rückt: die Verlautbarung des Deutschen Nachrichtenbureaus „Zu dem nun offen gewordenen Konflikt zwischen Rußland und Finnland", die am 8. Dezember ausgegeben wurde, und die mit dem Satz beginnt: „Die Völker des Nordens haben in Deutschland immer eine besondere, auf historischen und gefühlsmäßigen Gründen beruhende Sympathie genossen ..." Der Inhalt dieses Dokumentes, das ohne Zweifel zu den bedeutsamsten der Kriegsgeschichte gehört, ist, in seinen Konstruktionen, äußerst bemerkenswert. Sein Gewicht in Bezug auf die Neutralen kann kaum überschätzt werden. Für sie handelt es sich zweifellos um eine Behandlung ihres Zentralproblems, deren Art und Weise beträchtliches Aufsehen erregen muß. Es erscheint zweckmäßig, Kommentare zu dem Dokument zurückzustellen, dem Leser aber umsomehr eingehendes Studium seines Wortlautes zu empfehlen ...

Zürich, den 12. Dezember 1939.

Jann v. Sprecher.

Kultur- und Zeitfragen

Die Tobias Stimmer-Ausstellung in Schaffhausen.

Wir freuen uns, unseren Lesern eine Beschreibung der Tobias Stimmer Ausstellung in Schaffhausen, aus der Feder des Berner Conservators, Herrn Professor v. Mandach, vorzulegen. Seine starke Inanspruchnahme hinderte ihn, den Aufsatz früher zu schreiben; wir wollten uns aber das Vergnügen nicht versagen, den aus Schaffhausen gebürtigen Kunstgelehrten wenigstens jetzt zu Worte kommen zu lassen.

Die Schriftleitung.

Das Museum Allerheiligen in Schaffhausen hat den vierhundertsten Geburtstag des großen Schaffhausermalers durch eine Ausstellung von Gemälden, Zeichnungen und Drucke gefeiert. Der Katalog verzeichnete 162 Werke von Tobias Stimmer. Dazu kamen Arbeiten der Brüder Tobias', Christoph, Abel und Gedeon Stimmer, sowie der mit dem Meister verbundenen Daniel Lindtmayer und Christoph Murer.

Von den Malereien Tobias' sind, außer einigen Porträts, wenige Spuren erhalten. Die Fassade des Hauses „zum Ritter" in Schaffhausen, die sehr beschädigt und übermalt war, mußte abgetrennt werden. Die geretteten Stücke sind einzeln in das Museum gekommen. Die astronomische Uhr im Münster zu Straßburg ist in Folge der Dunkelheit, die im Raume ihrer Aufstellung herrscht, schwer sichtbar. Fassadenmalereien in Straßburg sind verschwunden, ebenso das Schloß Baden-Baden, in dem ein ganzer Saal vom Künstler ausgemalt war. Dagegen haben sich eine Anzahl seiner Zeichnungen in schweizerischen und ausländischen Museen erhalten. Zahlreiche Holzschnitte, die der Künstler vorgezeichnet und teilweise selbst angefertigt hat, geben uns Einblick in sein graphisches Schaffen. Die